DM 1,–

DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Juni/Juli 6/7/96

Unser Bundeskongreß

Am 1. und 2. Juni tagte in Braunschweig der Bundeskongreß der VVN/BdA. Anwesend waren 138 Delegierte, darunter 53 Kameradinnen = 38%. 111 Delegierte waren gewerkschaftlich organisiert. Auch 7 BremerInnen waren angereist. 4 nahmen an den Beratungen teil, 3 waren Hel-

Kamerad Alfred Hauser, Ehrenvorsitzender der Organisation, sagte in seiner Eröffnungrede: Es gilt, Bilanz der vergangenen 2 Jahre zu ziehen, den Standort der VVN/BdA in der heutigen BRD zu bestimmen und den Weg in die Zukunft zu weisen. Kamerad Jupp Angenfort nahm die Ehrung der seit dem letzten Kongreß 1994 verstorbenen Mitglieder vor.

Der Kongreß wurde von befreundeten Organisationen und Initiativen begrüßt. Grußansprachen hielten u.a. der Ehrenvorsitzende der IVVDN, Kurt Goldstein, der Vorsitzende des Bundes der Antifaschisten, Heinrich Finck, (beide Organisationen arbeiten in der ehemaligen DDR) und Kurt Fritsch als Sprecher der Initiative für die Rehabilitierung der Opfer des ...en Krieges. Alle sprachen sich für die Entwicklung der Zusammenarbeit in den Aktivitäten kommender Monate aus.

Der Kongreß hatte ein großes Arbeitspensum zu bewältigen. Den Auftakt bildeten das Referat des Professors Bennhold und die Diskussion zum Thema: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln" – Zu den völkischen Grundlagen des deutschen Faschismus. Es gibt viele Wortmeldungen, eine hochinteressante Diskussion und bei Schluß der Debatte ein weiteres starkes Diskussionsbedürfnis. Der Gastreferent erhielt viel Beifall. Sein Vortrag wird in Kürze der Organisation auch schriftlich zur Verfügung stehen.

Im dann folgenden Tätigkeits- und Rechenschaftsbericht des Bundesausschusses konnte – im Unterschied zur schwierigen Situation der VVN/BdA 1994 – eine sehr positive Bilanz gezogen werden. Sie hier auch nur annähernd wiederzugeben, ist unmöglich. Genannt wurden die zahlreichen öffentlichen Antifa-Aktionen zum 50. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg aus Anlaß der faschistischen Judenpogrome am 9. November, die vielen Mahnwachen und Ausstellungen und die Verstärkung der Bündnisarbeit im Kampf gegen die zunehmende Militarisierung der deutschen Außen- und Verteidigungspolitik wie auch gegen den Abbau sozialer und demokratischer Rechte. Hervorgehoben wurde, daß die meisten Aktivitäten auf örtlicher und regionaler Ebene erfolgten und daß auch die Konsolidierung und der Aufschwung der Organisation ohne die Arbeit der Landesverbände nicht möglich gewesen wäre. Zur organisatorischen Stärkung gehören u.a.: ab 1.1.1996 ist die Berliner Vereinigung der VVN/VdA Landesverband der VVN/BdA (!) und ebenfalls ab Januar '96 hat unsere Organisation wieder einen hauptamtlichen Geschäftsführer.

Aus der Fülle der Anträge und Entschließungen konnten aus Zeitmangel nur 3 Vorschläge beschlossen werden: Die politische Entschließung des Kongresses: „Antifaschismus bleibt die verpflichtende Aufgabe, mehr denn je!", die Begrüßung des „Appels aus der Gründergeneration der VVN an die nachfolgende Generation", die von der LDK der VVN/BdA Nordrhein-Westfalens verabschiedet wurde und die Erklärung:



1. Mai 1996 in Bremen-Nord *Foto Ernst Vogt*

„Die VVN/BdA unterstützt die Kampagne des DGB und seiner Einzelgewerkschaften 'Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Jetzt contra – mehr Druck von unten' – bundesweiter Sternmarsch nach Bonn am 15. Juni 1996 'Schluß mit dem Sozialabbau! Soziale Sicherheit für alle!' – Alle Kameradinnen und Kameraden sind aufgerufen, sich daran zu beteiligen."

Die Satzungsänderungen und die Wahlen wurden in großer Einmütigkeit vorgenommen. So konnte in seinem Schlußwort Kamerad Peter Gingold zu recht feststellen: Dieser Kongreß zeigt, das Anliegen der Widerstandskämpfer, die überlebt haben und die heute in unserer Organisation nur noch eine kleine Minderheit sind, ist von guten Händen übernommen worden. Das gibt uns Kraft für unsere zukünftige antifaschistische Arbeit.

Herbert Breitbach

Ein starker Anfang

... das waren die vier machtvollen Demonstrationszüge zum Stadtzentrum und die Kundgebung der Gewerkschaften auf dem Bremer Marktplatz mit nahezu 7000 Teilnehmern am Freitag, den 10. Mai; ... und das waren auch die kämpferischen Ansprachen der Stellvertretenden Vorsitzenden des DGB, Ursula Engelen-Kefer, und der Kreisvorsitzenden des DGB Bremen, Helga Ziegert, die angesichts der 44.000 Arbeitslosen Bremens, der katastrophalen Situation der Arbeiter des in Konkurs gegangenen Bremer Vulkan und der fast täglich zu lesenden Pleite- und Entlassungsmeldungen, leidenschaftlich Anklage erhoben gegen die arbeiterfeindliche Politik der Bundesregierung und der Konzerne und Unternehmerverbände.

Da hat der eine oder andere gesagt: „Es hätten sich vielmehr beteiligen müssen". Ich meine, das Wichtigere sind: Die Tausende, die zum Teil trotz Drohungen ihrer Unternehmensleitungen aus den Betrieben losmarschierten; die Losungen auf ihren Transparenten; die begeisterte Zustimmung, die die Gruppe „Roter Pfeffer" mit ihren sozialkritischen Songs und dem alten Arbeiterkampflied „Brüder zur Sonne zur Freiheit" fand; wie auch der starke Beifall, den die Rednerinnen erhielten, als sie ankündigten: „Wenn die Unternehmer und die Regierung die Konfrontation wollen, dann werden sie diese bekommen"; das alles war ein notwendiger, starker Anfang. Die Demonstration stand unter der zentralen Losung: „Ohne Arbeit stirbt die Menschenwürde, ohne Arbeit stirbt die Region. Eine Region steht auf".

Die VVN/BdA weist in diesem Zusammenhang auf einen weiteren Aspekt dieser Entwicklung hin. In ihrer Erklärung zum 08. Mai, dem 51. Jahrestag der Befreiung vom Hitler-Faschismus, heißt es: „Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, der Ruf nach Nullrunden" in Tarifverhandlungen bei explodierenden Gewinnen in vielen Bereichen, zunehmende öffentliche Armut bei immer größerem privaten Reichtum – dieser Umverteilungskurs schafft eine Situation, in der ein Arbeitsplatz, eine Wohnung, Bildung und Gesundheit schon in die Nähe eines Privilegs rücken. Diese antisoziale Politik bereitet den Boden für eine verstärkte Rechtsentwicklung und für Neofaschismus. Die ständige Diffamierung der Opfer dieser Politik, deren zunehmende Entrechtung und Entwürdigung, begünstigen einen Prozess der Entsolidarisierung, in dem der Kampf aller gegen alle neuen Nährboden erhält". Auch im Wissen darum, daß wachsende soziale Not, millionenfache Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit schon einmal, zuerst dem Abbau sozialer und demokratischer Rechte und dann der Errichtung der faschistischen Gewaltherrschaft Vorschub leisteten, ist deshalb die Aktion des DGB, die von vielen demokratischen Organisationen, darunter auch der VVN/BdA unterstützt wurde, hoch einzuschätzen. Das war ein starker Anfang der zu neuen größeren Aktionen führen muß.

Herbert Breidbach

„Nationalzeitung": Deutsche Themen

Antifaschistische Erfolge sind an der Wut der Faschisten am besten meßbar. Auf den Nerv getroffen ist Freys „Deutsche Nationalzeitung" durch das Kratzen am Bild des „tapferen und ritterlichen deutschen Soldaten". Die Umbenennung der Dietl-Kaserne in Füssen und folgende Straßenumbenennungen in verschiedenen Städten veranlassen die DNZ zu endlosen Ehrenbezeigungen gegenüber dem fanatischen Nazi-General. Geradezu tobsüchtig aber ist die Reaktion auf die Ausstellung „Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944", die Mitte nächsten Jahres auch nach Bremen kommt. Als „Drahtzieher" werden zwei „von Deutschenhaß zerfressene Figuren" entlarvt: Jan-Philipp Reemtsma und ein offenbar ebenso krimineller wie kommunistischer Historiker namens Hannes Heer". Dagegen hält die DNZ: „Die Deutsche Wehrmacht war die anständigste, ritterlichste und ehrenhafteste Truppe, die die Welt je gesehen hat". (DNZ, 15.03.96, S. 3f).

Hans Weidenbach, ehemaliger NPD-Landesvorsitzender und ehemaliger Bremer DVU-Bürgerschaftsabgeordneter, schreibt häufig für die DNZ. Er nutzt die derzeitige Kampagne um jüdische Racheakte an NS-Funktionären nach 1945 zu einem durchsichtigen wie unverschämten Versuch der Täterentlastung. Mittels dubioser Quellen, ihrer noch dubioseren Auslegung und vor allem dem Vorsatz der Geschichtsrevision, kommt er zu folgenden Ausführungen:

Juden planten Ausrottung der Deutschen.

Sonderkommandos hatten Völkermord vorbereitet.

Zunächst war die Vernichtung der gesamten Bevölkerung von Hamburg, München und Nürnberg vorgesehen. D[illegible] sollte der Holocaust alle Deutschen treffen...

Soldaten der jüdischen Brigaden (waren) damals in der britischen Armee abgestellt worden, um in den Wasserwerken erst einmal von Hamburg und Nürnberg an den entscheidenden Filteranlagen zu arbeiten... (Chaim Weizmann) habe dann den Wissenschaftler Ernst David Bergmann beauftragt, „ein Geruch- und farbloses Gift zu entwickeln, das in die Trinkwasser der deutschen Städte geschüttet werden sollte. ...In Konservendosen versteckt seien 50 Kilo des Giftes einem Soldaten ...mitgegeben worden". (DNZ, 22.0.96, S. 6)

Er vermischt hier die alte antijüdische Lüge von der „Brunnenvergiftung" mit Details, die für den Holoxaust stehen: Gas und Gift in Konservendosen. Er behauptet nichts weniger, als daß der (spätere) Präsiden[illegible]raels das mit der gesamten deutschen Bevölkerung vorhatte, was der deutsche Reichskanzler der jüdischen antat.

Die Vulkan-Pleite liest sich bei Weidenbach folgendermaßen: Der SPD/DGB-"Bonze" Hennemann hat seine braven Arbeiter verraten und statt „Unternehmerischem Können" nur Interesse an Filz und Pfründen gezeigt, weshalb der Vulkan pleite ging. (DVZ, 15.0.96, S. 9). Das ist alles.

Weidenbach soll auch als Redner auf einer „Sonnenwendfeier" (21. Juni) auftreten, die gemeinsam von den DVU-Landesverbänden Bremen und Hamburg angekündigt wird. Außer Germanentümmelei interessiert sich die Bremer DVU auch für Raketentechnik: Für die Zeit vom 16. – 19. Mai war eine Bildungsreise nach Peenemünde (Raketenforschung, -bau für den Führer mit Hilfe von Zwangsarbeitern) „durch das herrliche Mitteldeutschland" geplant.

Thomas

Bremens erste Senatorin – Käthe Popall

Sie wurde 1907 in Bremen geboren, als jüngstes Kind einer sozialdemokratischen Familie. Im Mai 1984 verstarb sie. Käthe wurde antifaschistische Widerstandskämpferin. Von den Nazis wurde sie dafür 10 Jahre ins Zuchthaus gesperrt. Käthe Popall gehörte zu den Frauen und Männern der ersten Stunde, die zur demokratischen Neuordnung unseres Landes beitrugen. Von August 1946 bis Januar 1948 war sie Senatorin für das Gesundheitswesen in Bremen. Ihr selbst hat es an Leiden und Schwierigkeiten nie gemangelt.

Ihr Andenken wollen wir wachhalten.

Alois

Zwangsvereinigung?

Obwohl wir in der jetzigen Zeit mit einer steigenden, unvorstellbaren Arbeitslosigkeit und den täglichen Neuankündigungen über den Abbau mühsam errungener Sozialleistungen konfrontiert werden, wird die historisch notwendige Vereinigung der SPD und KPD im Jahre 1946 in der sowjetischen Besatzungszone von der jetzigen SPD-Führung mit großem Aufwand als eine „Zwangsvereinigung" dargestellt.

Verständlicherweise erhält sie hier volle Unterstützung von den etablierten Parteien, kann man doch damit einen großen Teil unserer anstehenden Probleme überdecken.

Neben den jüdischen Menschen haben die Mitglieder der KPD und SPD unter dem Hitler-Faschismus den größten Blutzoll entrichten müssen.

Mein Schwiegervater, Wilhelm Imholze (KPD), war mit dem ehemaligen Senator Emil Theil (SPD) im KZ Sachsenhausen und der SPD-Genosse Theil hat dem KPD-Genossen Imholze geschworen: „Wenn wir hier wieder rauskommen sollten, dann gibt es aber nur eine gemeinsame Arbeiterpartei". Beide haben glücklicherweise die Nazizeit überlebt.

In Bremen gab es dann gleich nach dem Kriegsende auch keine zwei Arbeiterparteien, sondern eine gemeinsame „Bremer Antifa". Ohne Zwang von Seiten der Siegermächte sondern aus den gezogenen Lehren über die Entstehung und die verbrecherischen Handlungen des Faschismus. Die Interessen der Siegermächte waren, verständlich, generell unterschiedlich. Die einen wollten den Sozialismus, die anderen den Kapitalismus. Die kapitalistischen Mächte fanden dann solche Leute wie Kurt Schumacher, der alles unternahm, um eine einheitliche Arbeiterpartei zu verhindern. Die SPD wurde wieder geschaffen, so auch in Bremen und zwangsläufig dann wieder eine KPD.

In der damaligen sowjetischen Besatzungszone wurden nach langen Diskussionen auf allen Ebenen mit großer Mehrheit Vereinigungsbeschlüsse gefaßt und abschließend, jeweils von SPD und KPD getrennten Parteitagen, mehrheitlich beschlossen. Im April 1946 wurde die Sozialistische Einheitspartei Deutschland (SED) gegründet. Die gleichberechtigten Vorsitzenden waren Otto Grotewohl (früher SPD) und Wilhelm Pieck (früher KPD). Die jetzt hochgespielte Auseinandersetzung über eine Zwangsvereinigung hilft meines Erachtens den arbeitenden Menschen nicht, ihre wirklichen Probleme gemeinsam zu lösen!

Friedel Becker

Bötsch, Bötsch …

Pfingstsonntag '96, diesmal gingen die Herren richtig in die Vollen. Minister Klaus in Prag hat nicht gekuscht. Er hat nicht nur die Öffentlichkeit des Auslandes, sondern auch die deutsche demokratische Öffentlichkeit an seiner Seite. Nun kam Kohl und Vertreter Bötsch und meinte, der Prager Stil entspräche nicht der Europäischen Kultur.

Er dokumentiert damit den Alleinvertretungsanspruch „Deutschlands".

der Bötsch

Jetzt Kammer-Card – Bald Kirchen-Card?

Nach längerem Hin und Her hat die Angestelltenkammer ein Papier entwickelt. Der Inhalt dieses Papieres hat der Senator für Wirtschaft, Hartmut Perschau, den Medien vermittelt. Für die Medien war der wichtigste Punkt die Kammer-card. Und warum? Weil der Rechnungshof gerügt hätte, die Kammer habe die Mitgliedsbeiträge Nichtmitgliedern zugutekommen lassen. Offensichtlich wird hier versucht, die im Bereich der Bildungsmaßnahmen entstandenen Schulden sogenannten Nichtmitgliedern anzulasten.

Eine Kammer-card wird den Schuldenberg nicht abbauen, sondern dazu führen, daß noch mehr Kolleginnen und Kollegen die Kammermitgliedschaft aufgeben. Die automatische Mitgliedschaft in den Arbeitnehmerkammern wird irrtümlich als Zwang abqualifiziert.

Die Arbeiterbewegung hat immer wieder dafür kämpfen müssen, daß sie organisiert handeln kann. Die organisierten Angestellten und Arbeiter im Lande Bremen haben seit Beginn dieses Jahrhunderts für die Freiheit gekämpft, wie Handwerk und Handel ihre Rechte gegen den Staat vertreten können. Als nach 1918, infolge der veränderten politischen Verhältnisse, die zwei Kammern bewilligt wurden, ging es darum, daß diese genau wie die Handwerker- und Handelskammern staatliche Mittel erhielten. Der Druck für diese Finanzierung wurde immer stärker, so daß Senat und Bürgerschaft verkündeten, keine Kammer würde mehr finanziert. Trotz Krise und Verlust der Mitglieder durch Massenarbeitslosigkeit sind die Arbeitnehmerkammern nicht untätig gewesen. Jedenfalls waren sie dem Naziregime, genau wie die Gewerkschaften, Gegner, und wurden auch gleichgeschaltet, wie die Auflösung verniedlichend verkündet wurde.

Nach dem Sieg der Antihitlerkoalition wurden die Kammern erst im Juni 1956 wieder eingerichtet. Eingerichtet gegen die BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) DP und FDP. Damals stimmte die CDU noch mit der SPD und KPD für die Errichtung der beiden Kammern, mit gleichen Rechten der Arbeitgeberkammern.

Resümee: Statt Kammer-card, Aufklärung über die Bedeutung der Arbeitnehmerkammern… Sie sollten Beispiele werden, für die es lohnt, auch „Woanders" einzutreten.

Willy Hundertmark

Saarlautener oder Saarlouiser Straße?

Die im Grenzgebiet zwischen Deutschland und Frankreich gelegene Kreisstadt Saarlouis und ihr Name gehen auf den französischen König Ludwig XIV. zurück. Diesen Namen behielt die Stadt und der Kreis bis zum Jahr 1935. Den Nazis im sogenannten „Dritten Reich", – besonders dem Nazi-Gauleiter Bürkel, – klang der Name „Saarlouis" viel zu frankophil und zu wenig „deutschnational".Hitler und sein Gefolge wollten ja kein europäisches Deutschland, sondern ein deutsch-faschistisches Europa, dem die Welt hörig und gefügig werden sollte.

Auf Betreiben des Nazi-Gauleiters Bürkel wurde der Name von Saarlouis durch die Zusammenlegung von Saarlouis auf der linken Saarseite mit der Stadt Fraulautern auf der rechten Saarseite gestrichen, und die zusammengelegte Stadt erhielt den Namen „Saarlautern".

Nach Ende des zweiten Weltkrieges und der Zerschlagung Nazi-Deutschlands bekam die Stadt und der Kreis wieder ihren alten Namen „Saarlouis". Während jüngst die Kasernen mit Namen von ehemaligen Nazigeneralen sogar geändert wurden, hält Bremer Politik am Nazi-Namen „Saarlautener Straße" fest. Wen wundert's, wenn da im In- und Ausland der Verdacht wächst, daß Bonn es nicht ehrlich meint mit einem europäischen Deutschland und ein deutsches Europa, wenn auch Scheibchenweise, anstrebt.

Diese Sorge beängstigt auch mich.

Alois

Neuengamme und Bullenhuser Damm – eine Reise wert

Am 20. April sind wir mit der Antifa vom Gustav-Heinemann-Bürgerhaus nach Neuengamme gefahren. Wer meinte, er könne in der KZ-Gedenkstätte nicht Neues erleben, wurde überrascht.

Das 1982 der Öffentlichkeit übergebene Dokumentenhaus ist neu gestaltet. Im Foyer befindet sich eine Tafel mit der Übersicht über das ehemalige KZ, an der der Aufbau und die Funktion des Lagers dargestellt wird. Eine sehr informative Darstellung. Die obere Halle zeigt nur noch von der Decke hängende Fahnen mit den Namen der Ermordeten des KZ Neuengamme. Es werden noch weitere Fahnen folgen.

Der Gang durch das Lager erfolgt auf neuen Wegen, die von jungen Antifaschisten in jährlichen Workcamps angelegt wurden. Jetzt kann das ehemalige Klinkerwerk auch von innen begangen werden. Dieses Werk ist nach der Befreiung genutzt worden. Im Anschluß befindet sich nach wie vor die Hamburger Justizvollzugsanstalt.

Im ehemaligen Bungalow des SS-Lagerführers wohnt der Leiter der Anstalt. In den ehemaligen Walther-Werken ist heute die Ausstellung der Dokumente. Die Gestaltung ist eine nachahmenswerte Form. Für eine Box gibt es ein großes Bild für das jeweilige Thema. In Schubladen befinden sich die zutreffenden Dokumente. Die Schubladen schließen automatisch, so daß diese immer wieder geschlossen sind. In den Walther-Werken wurde nach 1945 ebenfalls weiter produziert.

In Hamburg wurde die Schule am Bullenhuser-Damm besucht. Dort wurden wir von Günter Schwarberg empfangen. Er hat seinerzeit die Geschichte dieser Schule aufgearbeitet. An dem Bild von Jürgen Waller, dem Direktor der Bremer Hochschule für Kunst und Gestaltung, wurde sehr eindrucksvoll die Ermordung der 20 jüdischen Kinder in dieser Schule erklärt.

Am Abend fand eine Gedenkveranstaltung im großen Saal statt. Wir konnten leider nicht teilnehmen, wurden aber von vielen guten Freundinnen und Freunden herzlich begrüßt.

Die Kameradin Esther Bejarano grüßt hiermit ihre vielen Freunde. Diesen Auftrag hat Willy hiermit erfüllt.

Willy Hundertmark

> Auf Einladung des Präsidenten der „Amicale Internationale KZ Neuengamme" fand in der Gedenkstätte eine Tagung statt. In einer Erklärung fordern die Teilnehmer den Senat Hamburgs auf, endlich die Schande des Jugend-Gefängnisses auf dem Gelände der Gedenkstätte aufzuheben. Es sollte endlich die Inschrift auf der Stelle des Ehrenmals mit Leben erfüllt werden: „Euer Leiden, Euer Kampf und Euer Tod sollen nicht vergessen sein".

Wer sich erinnert – gewinnt die Zukunft

Vor 45 Jahren: Der Rechts-staat

Im 51.ten Jahr nach dem Sieg der Antihitlerkoalition streiten Historiker über das Ergebnis der Demokratisierung Deutschlands. Da fallen große Worte. Es werden Schlagworte präsentiert. Die Schlagworte: Amerikanismus, Stalinismus, Entnazifizierung und Demokratisierung. Vor allem werden viel Fremdworte eingefügt, um als besonders schlau dazustehen. Aber keiner bemüht sich klarzustellen, warum im Grundgesetz z. B. 20 Grundrechte eingefügt sind.

Keiner bemüht sich, die zahlreichen Änderungen des Grundgesetzes in Verbindung mit dem „kalten Krieg" zu untersuchen. Das Jahr 1951 bietet gute Eckpunkte für die Entwicklung nach rechts. Es darf an den 11. Mai 1951 gedacht werden. An diesem Tag verabschiedete der Bundestag ein Gesetz zum Artikel 131 des GG. Dieser Artikel war vom Parlamentarischen Rat für die Rehabitierung der Beamten eingefügt worden, die im Naziregime gemaßregelt worden sind. Im Gesetzentwurf Adenauers und seiner Regierung wurde es entgegengesetzt formuliert. Im Gesetz heißt es: „Daß Diejenigen Wiedergutmachung erhalten die am 08. 05. 1945 im öffentlichen Dienst standen, aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen ausgeschieden sind, und bisher nicht, oder nicht ihrer früheren Stellung entsprechend verwendet werden". Durch das Wörtchen „am" statt „vor" wurde das „Wiedergutmachungsgesetz"., wie es offiziell genannt wurde, eine Gutmachung für die Amtsstuben-Schreibtischtäter. Mit diesem Gesetz zum Art. 11 wurde die Bundesrepublik zum Rechts-staat.

Nur ein Beispiel: K. M. Globke, Mitgestalter und Kommentator der Rassengesetze von 1935, wurde Kanzleramtsminister, und allen Ministern wurde eine einmalige Größe des Naziregimes als Staatssekretär überstellt. Es wurde danach von dem Regiment der Staatssekretäre gesprochen. Damit war eine weitere Grundlage für die Entwicklung des Rechts-staates im Sinne von Rechts geschaffen.

Auch das Gesetz vom 10. April 1951 ist als ein Schritt zur Rehabilitierung von Rechtskräften zu bewerten. Das Mitbestimmungsgesetz, das an diesem Tag vom Bundestag verabschiedet wurde, ist eine Verletzung des Grundgesetzes. Nach den Artikeln 14 und 15 des GG hätte keine Begnadigung der Wirtschafts- und Kriegsverbrecher, sondern eine Enteignung durchgeführt werden müssen. Die Arbeitsdirektoren und die qualifizierten Aufsichtsräte sind nicht das Gelbe vom Ei, wie die Erfahrung lehrte.

Im Jahr 1951 wurde in der ganzen Welt, also auch in der BRD, für den Stockholmer Appell gegen die Atombewaffnung gekämpft. Das war nicht im Sinne des Rechts-staates, in dem, siehe oben, die Krupp, die Stinnes, die IG Farben Direktoren usw. den Ton angaben. Dafür gab es den Kanzler Adenauer mit Erfahrung aus der Weimarer Demokratie. Flugs leitete er dem Bundestag ein Blitzgesetz zu, und die Mehrheit des Bundestages stimmte am 30. August 1951 dem Blitzgesetz zu. Nach Jahren wurde dieses Gesetz wieder gestrichen, weil es ein „Fehler" war. Aber in 200 000 Verfahren wurden rund 900 000 Frauen und Männer verurteilt, weil sie gegen die atomare Aufrüstung, für einen Freidensvertrag, die Einheit Deutschlands, die Remilitarisierung und gegen das Verbot der KPD eingetreten sind. Alles dies war vor 45 Jahren.

Die Geschichte ging weiter, darum folgt das 56er Jahr in der Nr. 7.

Willy

Ergebnisse der BAF-Umfrage

Liebe Kameradinnen und Kameraden, liebe Leserinnen und Leser!

Nach der Auswertung der Fragebögen liegen nun die Ergebnisse der BAF-Umfrage vom März diesen Jahres vor. Zunächst ein paar Worte zur Beteiligung. Von den 300 verschickten Umfragebögen sind leider nur 25 zurückgekommen. Dies entspricht einer Beteiligung von etwa 8,5%. Nun noch ein paar Erläuterungen zur Vorgehensweise bei der Auswertung der Fragebögen. Da wir vermuteten, daß das Antwortverhalten der Befragten in Abhängigkeit zu ihrem Alter stehen würde, haben wir sie – zugegebenermaßen willkürlich – in zwei Altersgruppen eingeteilt: Die eine Gruppe beinhaltete die Leute unter vierzig Jahren (8) und die andere die ab vierzig Jahren aufwärts (17). Jetzt jedoch zu den Ergebnissen der Umfrage:

Zunächst konnte festgestellt werden, daß die Umfrageteilnehmer sowohl mit der derzeitigen Form als auch mit dem Inhalt des BAF's im allgemeinen zufrieden sind. Es gab jedoch deutliche Unterschiede zwischen der Bewertung jüngerer (unter vierzig Jahren) und älterer (ab vierzig Jahren) Leserinnen. Während die älteren auf die Fragen vornehmlich positiv antworteten, neigten die jüngeren in mehreren Bereichen eher zur Unzufriedenheit. Einer der Kritikpunkte der jüngeren Leserinnen betraf das äußere Erscheinungsbild des BAF's. Mehr als die Hälfte sehen hier Handlungsbedarf. Ähnlich verhielt es sich bei der Frage, ob ausreichend über die Arbeit des Landesverbandes berichtet wird. Hier ist man überwiegend der Meinung, daß vermehrt über Arbeitsvorhaben, Diskussionen usw. berichtet werden sollte. Die weitaus größte Kritik bei den unter Vierzigjährigen gab es bei der Frage, ob es Themen gibt, die im Vergleich zu anderen zu wenig im BAF berücksichtigt werden. 3/4 haben diese Frage mit Ja beantwortet. Auch bei den älteren war ein nicht unerheblicher Teil – knapp 1/3 – der gleichen Auffassung. Da es auf dem Umfragebogen die Möglichkeit gab, die Themen zu benennen, sollen sie hier auch kurz aufgeführt werden (in Klammern die Anzahl der Nennungen):

- Neofaschismus (5x)
- Rassismus (5x)
- Revanchismus (1x)
- (antifaschistische) Kultur (2x)
- Erlebnisberichte aus der Nazizeit/Aufsätze über Nazizeit in Bremen (2x)
- Rolle der Kirche vor, während und nach der Zeit des Nationalsozialismus (1x)
- Umgestaltung der Bundeswehr zur Angriffsarmee (1x)
- Behandlung antifaschistischer Theorien (1x)
- Soziale Utopien (1x)

Bei der Betrachtung dieser Liste ist unschwer zu erkennen, daß besonders im Bereich Neofaschismus/Rassismus Defizite gesehen werden. Weitere nennenswerte Kritik betraf die Frage, ob regionale Aspekte (Bremen und Umzu) im BAF ausreichend enthalten sind. Hier waren die Hälfte der jüngeren und ein gutes Drittel der älteren der Auffassung, daß dieser Punkt zu kurz kommt. Einig waren sich annähernd alle Leserinnen darin, daß vermehrt auf Veranstaltungen anderer antifaschistischer Gruppen hingewiesen und über sie berichtet werden soll. Da es am Ende des Umfragebogens die Möglichkeit gab, weitere Kritikpunkte anzuführen und viele davon Gebrauch machten, sollen auch diese hier kurz erwähnt werden:

- Die Artikel vertreten zu sehr die eigene Meinung, statt dessen sollte eine Rubrik „Eigene Meinung" im BAF eingerichtet werden (2x)
- Die Artikel sollten frecher/aggressiver sein, mehr mit Stilmittel wie Ironie und mit Pamphleten arbeiten (2x)
- Der BAF sollte sich mehr mit dem Geschehen vor Ort beschäftigen (1x)
- Das Layout ist „bleiwüstenmäßig", vermehrt verschiedene Schriftarten und Karrikaturen verwenden (2x)
- Die VVN müßte mehr Nachwuchsarbeit leisten und den BAF dementsprechend ausrichten (1x)
- Die Redaktion ist zu klein, es sollten zusätzliche Autoren gefunden werden (1x)
- Vernetzung mit anderen Landesverbänden, besonders den Veranstaltungsteil betreffend (1x)
- Dank an das Engagement
- Weniger „Gedenken an ..."

Trotz der geringen Beteiligung an der Umfrageaktion meinen wir, daß die aus ihr gewonnenen Erkenntnisse als Hilfsmittel bei dem Vorhaben dienen können, unsere Zeitung zu verbessern.

Gerold, Thomas, Jens



Wer an einer Welt des Friedens und der Freiheit mitbauen will, wer sich aktiv gegen Neofaschismus, Rassismus und Krieg einsetzt, sollte Mitglied in der VVN-Bund der Antifaschisten werden.

☐ Ich möchte mehr über die VVN-Bund der Antifaschisten wissen.

☐ Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.

☐ Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

Mich interessieren vor allem folgende Schwerpunkte:

☐ Einwanderer und Flüchtlinge

☐ Neofaschismus

☐ Frieden

☐ Geschichtsforschung

☐ Erinnerungsarbeit

Name, Vorname ____________

Straße ____________

PLZ, Ort ____________

Telefon ____________

Geburtsdatum, Ort ____________

Beruf ____________

Bremen, den ____________

Unterschrift ____________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V., Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen

Geburtstage im Juni 1996

Lore Buchholz	02.06.,	69 Jahre
Ingrid Emmenecker	08.06.,	58 Jahre
Hermann Gaulier	25.06.,	76 Jahre
Martha Minder	27.06.,	72 Jahre
Inge Breidbach	27.06.,	68 Jahre

im Juli 1996

Werner Sturm	02.07.,	69 Jahre
Klara Pape	03.07.,	71 Jahre
Friedrich Becker	11.07.,	69 Jahre

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden

Der Landesvorstand

Termine

09. Juni, Versammlung der Bremer Lagerhaus Gesellschaft im Marriott.

13. Juni, Zentralkrankenhaus Ost, Haus im Park, „skizziert den Nähsaal statt zu nähen", Anstaltswirklichkeit und Künstlermythen mit Dr. B. Brand, Heidelberg. Der Vortrag findet im Rahmen der Ausstellung statt: „Die Macht der hypnotischen Suggestion". Die Bremer Künstler der Prinzhorn-Sammlung. Die Ausstellung ist bis zum 07. Juli geöffnet.

15. Juni um 11.00 Uhr am Markt: „Wir zerschneiden Eurofighter"

Am **18. Juni**, 1946, also vor 50 Jahren, wurde die Bremer Demokratische Volkspartei BDV in eine FDP und in eine CDU gespalten. Die CDU feiert den 50zigsten auf dem Marktplatz.

13. Juli, 11.00 Uhr Marktplatz: Wir legen eine Windrose gegen den Rüstungsexport, DFG-VK

Unsere Finanzen

Dank vieler Freunde und Kameraden aus unserem Landesverband haben wir durch die Mitgliedsbeiträge und Spenden eine relativ gute Finanzlage. Der Landesvorstand bedankt sich hiermit bei allen. Besonderer Dank gebürt aber unserer Kameradin Tilla Hundertmark, die trotz ihres hohen Alters durch ihren aktiven Einsatz einen entscheidenden Anteil daran hat. Wir wünschen ihr weiterhin gute Gesundheit und Erfolg. Aufgrund der ständig steigenden Ausgaben müssen wir uns aber gemeinsam um eine solide Finanzierung bemühen. Nachstehend darum einmal unsere gültige Beitragsordnung:

Kein Einkommen	3,00 DM
Brutto-Einkommen	
bis 1.000,00 DM	5,00 DM
1.200,00 DM	7,00 DM
1.500,00 DM	10,00 DM
2.000,00 DM	15,00 DM
2.500,00 DM	20,00 DM
über 2.500,00 DM	25,00 DM

Ich bitte alle Mitglieder zu prüfen, ob der monatliche Beitrag dieser Beitragsordnung entspricht. Hier werden sicherlich noch einige Reserven frei !?

Euer Landeskassierer Friedel Becker

J. M. Aznar und die Spanier

Am 03. Mai 1996 hat José Maria Aznar die neue Regierung Spaniens vorgestellt. Seine rechtskonservative Partei hatte bei der Wahl am 03. März nicht die angestrebte absolute Mehrheit erreicht. Sie war die stärkste Partei geworden, sie mußte also Partner für eine Koalition gewinnen.

Das war und ist in Spanien keine einfache Angelegenheit. Das beweist auch das Programm der Koalition. Es ähnelt in vielen Punkten der Volksfront vom Januar 1936. In diesem Dokument waren die Interessen der verschiedenen Volksgruppen festgeschrieben. Die der Bauern, der Arbeiterbewegung, aber auch die Interessen der Nationalen für selbständige Provinzen. Nach dem Putsch von Franco hat die Arbeiterbewegung immer neue Formen entwickelt. Es sei nur an die weltweit bekannt gewordenen Camacho-Commissionen erinnert. Das waren Zusammenschlüsse von Vertrauensmännern und Betriebsräten für die Lösung einer Aufgabe. War das Ziel erreicht, löste der Zusammenschluß sich auf. So wurden selbst Streiks erfolgreich geführt. Einer der ersten, der diese Form des Kampfes entwickelte, war der Metallarbeiter Camacho. Er mußte außer Landes gehen, kam aber wieder zurück. Er wurde mehrmals verurteilt.

Noch unter König Juan Carlos wurde er zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Kämpfe der Arbeiter wurden von der Kirche und den Nationalen der Provinzen unterstützt. Brennpunkte dieses Kampfes waren die Provinzen Andalusien, Katalonien und das Baskenland. In Madrid fanden bis zur Ablösung Francos ständig Streiks statt. An diese Bewegungen knüpft nun J. M. Aznar an. Im ersten Punkt seines Programms sichert er den Nationalen in den Provinzen die Selbständigkeit nach dem Muster der deutschen Bundesrepublik zu. Offensichtlich ist es ihm nicht gelungen, die Kampfgefährten aus der Franco-Zeit zu trennen. Der rechtskonservative Aznar mußte in sein Regierungsprogramm die Streichung der Gesetze der Regierung der sogenannten Sozialisten zusichern. Diese Gesetze griffen in die Tarifhoheit ein und in die sozialen Sicherungen, nach deutschem Muster. Ob diese Zusicherungen Aznars gehalten werden können, ist fraglich. Denn in Spanien ist dieselbe Krise wie in der ganzen Europäischen Gemeinschaft (EG). Die guten Traditionen Spaniens können ein Beispiel geben, daß es auch anders geht.

Willy

Das Wichtigste

Der Bremer Antifaschist,
Organ der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Wir sind regelmäßig erreichbar:
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26
28217 BREMEN
Tel.: 0421/382914 · Fax: 0421/382918

Montag	16.00 – 19.00 Uhr
Donnerstag	15.00 – 18.00 Uhr

Dringend benötigt:
Spenden für unsere Arbeit

Die Sparkasse in Bremen
(BLZ 290 501 01), Kto.-Nr. 103 1913

Anmeldungen für alternative Stadtrundgänge auch direkt unter (04 21) 61 12 62

Mitgliederöffentlich tagt
montags von 18.00 – 19.00 Uhr
der Geschäftsführende Vorstand,

jeden 4. Montag im Monat
von 18.00 – 20.30 Uhr
der Landesvorstand

Redaktionsschluß: am 10. des Monats

V.i.S.d.P.:
Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)